

Die ersten 327 Millionen – mit 14

Wie Kinderarmut – und „Kinderreichtum“ die Gesellschaft prägen.
Nicht zum Guten | Von Christoph Butterwegge

Die junge Generation ist sozial tief zerrissen: Während Kinder aus wohlhabenden oder reichen Familien materielle Sicherheit genießen und eine Führungsposition in der globalisierten Wirtschaftswelt erreichen können, bleiben ihren Altersgenossen aus sozial benachteiligten Familien diese Chancen versagt. Während der Covid-19-Pandemie sind die extrem unterschiedlichen Lebenslagen von Kindern aus sozial benachteiligten und aus wohlhabenden Familien vielen Menschen stärker bewusst geworden. Dies gilt hinsichtlich ihrer Wohnbedingungen und ihrer Gesundheit ebenso wie in Bezug auf ihre Bildungs-, beruflichen Aufstiegs- und politischen Beteiligungsmöglichkeiten. Weniger beachtet wurde jedoch einerseits, dass die soziale Zerküftung der jungen Generation schon vorher bestand, und andererseits, dass sie durch die Pandemie nicht bloß wie unter einem Brennglas hervorgetreten ist, sondern sich auch weiter verstärkt hat.

Bei manchen Finanzschwachen gilt ein Kind als „Kostenfaktor auf zwei Beinen“ und hohes Armutsrisiko, obwohl Eltern schon vor der Geburt einkommensarm oder armutsbedroht gewesen sein müssen, wenn ihre Familie zu wenig Geld hat, um sich den Nachwuchs „leisten“ zu können. Die betroffenen Kinder haben auch schlechtere Bildungschancen und Berufsperspektiven. Dadurch vererbt sich Armut gewissermaßen sozial: Aus den armen Kleinkindern werden arme Jugendliche und später arme Erwachsene, die wieder arme Kinder bekommen, wenn sie den beschriebenen Teufelskreis nicht zu durchbrechen vermögen.

Da junge Menschen unter massivem Druck stehen, durch das Tragen von modischer Kleidung („Markenklamotten“) und den Besitz immer neuer, möglichst hochwertiger Konsumgüter „mitzuhalten“, kann Armut für sie noch beschämender als für Erwachsene sein. Wer als Jugendliche auf ein solches Prestigeobjekt verzichten muss (oder es gerade besonders demonstrativ zur Schau stellt, obwohl es mit Opfern etwa im Bereich der Grundnahrungsmittel, des Wohnens, der Bildung usw. erkaufte wurde), wird im Kreis seiner Peers nicht akzeptiert. Die soziale Ausgrenzung ist eine der schlimmsten Konsequenzen von Armut und Unterversorgung im Kindesalter. Gerade in der Adoleszenz wirkt Armut demütigend, deprimierend und demoralisierend, weil diese Lebensphase für die Entwicklung des Selbstbewusstseins eines jungen Menschen von entscheidender Bedeutung ist.

Für Jugendliche ist es schmerzhaft genug, mit den immer gleichen, verschlissenen, zu kleinen oder zu großen Sachen zur Schule gehen zu müssen. Werden sie aus diesem Grund von den eigenen Klassenkameraden ausgelacht, ist die Verletzung noch größer. So wird aus der Unterversorgung mit Kleidung sehr rasch soziale Ausgrenzung oder Isolation der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen.

Ein gravierender Mangel der Diskussion über Kinderarmut besteht darin, dass diese weder als strukturelles Problem noch als Kehrseite des überbordenden privaten Reichtums, sondern nur als persönliches Schicksal oder individuelles Problem für die Betroffenen und deren Familien behandelt wird. Es reicht aber nicht, wie es zuletzt häufiger geschehen ist, über die armen Kinder zu reden. Man sollte auch, und zwar erheblich mehr über die reichen Kinder sprechen, wenngleich der Öffentlichkeit über sie viel weniger bekannt ist. Wo und wie sie leben, weiß kaum jemand genau. Denn ihre Eltern müssen Einkommen und Vermögen der Familie nicht gegenüber einem Jobcenter oder einem Sozial- bzw. Grundsicherungsamt detailliert offenlegen, wie das bei Hartz-IV-Abhängigen der Fall ist.

Für wohlhabende, reiche und hyperreiche Familien sind Kinder kein ins Gewicht fallender „Kostenfaktor“, sondern teilweise ein begehrtes Investitionsobjekt, denn sie erhoffen sich von ihnen oft genug die Fortführung der eigenen Firma und/oder der Familientradition. „Klotzen statt kleckern!“ heißt deshalb die Devise von materiell Bessergestellten, wenn es um die finanzielle Ausstattung und Förderung des eigenen Nachwuchses geht.

Heute gibt es in Deutschland so viele reiche Kinder wie noch nie, weil sehr wohlhabende Eltern ihnen häufig aus steuerrechtlichen Gründen schon kurz nach der

Geburt einen Teil ihres Vermögens schenken. Als manche Unternehmerfamilien fürchteten, dass die Erbschaftsteuer für Firmenerben vom Bundesverfassungsgericht für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt und anschließend verschärft würde, überschrieb man selbst noch kleinen Kindern ganze Konzerne. Ohne auch nur einen Steuercent zahlen zu müssen, erhielten so 90 Kinder unter 14 Jahren im Zeitraum von 2011 bis 2014 insgesamt 29,4 Milliarden Euro von ihren Eltern – im Durchschnitt nicht weniger als 327 Millionen Euro pro Kind!

Da kann man mit Fug und Recht von „Kinderreichtum“ sprechen, obwohl dieser Begriff im Deutschen ausschließlich für große Familien und Länder mit einer besonders jungen Bevölkerung verwendet wird. Natürlich muss ein Kind keine hochvermögenden Eltern haben, um von Geburt an bessere Chancen im Hinblick auf die Entfaltung seiner Persönlichkeit, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu haben. Auch die meisten Akademiker und Akademikerinnen der Mittelschicht sorgen dafür, dass ihre Kinder eine gute Ausgangsbasis im Wettkampf um Bildungszertifikate und berufliche Führungspositionen haben. Sie bringen ihre Sprösslinge in privaten Kindertageseinrichtungen und Privatschulen unter, bezahlen Nachhilfestunden zwecks Verbesserung der Schulnoten, lassen sie Musikunterricht nehmen und finanzieren ihnen längere Auslandsaufenthalte, um die Fremdsprachenkenntnisse der Kinder zu verbessern. Chancengleichheit sieht anders aus.



PROF. DR. CHRISTOPH BUTTERWEGGE

hat bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt. In der kommenden Woche erscheint bei Campus sein Buch „Kinder der Ungleichheit“, das er zusammen mit seiner Frau Carolin Butterwegge geschrieben hat.

Die Mutigen von Minsk

Radikale Repressionen gegen furchtlose Freundinnen der Freiheit – Belarus ein Jahr nach Lukaschenkas Wahlmanipulation | Von Gwendolyn Sasse

Genau ein Jahr ist es her, dass im Nachgang der manipulierten Präsidentschaftswahlen in Belarus und der darauffolgenden ersten Welle massiver staatlicher Repressionen eine gesellschaftliche Mobilisierung an Momentum gewann. Deren Ausmaß und Beharrlichkeit überraschten sowohl die Führung des Landes um Aleksandr Lukaschenka als auch Russland und die EU. In den ersten Monaten protestierten Hunderttausende in Minsk und vielen anderen Städten des Landes. Auch wenn es in Belarus zuvor bereits Proteste gegeben hatte, so markierte 2020 eine gesellschaftliche Zäsur. Eine Zivilgesellschaft formierte sich vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit, und Belarus wurde auf der mentalen Landkarte Europas sichtbar. Zahlreiche Bilder der Gewalt an friedlich Protestierenden und die Kreativität der Proteste und Aktionen gingen um die Welt. Belarus wirkte auf einmal ganz nah – geografisch und in seiner Wertorientierung.

Viel ist in Belarus in diesem Jahr passiert, und doch erscheint die Wirkung der Massenproteste aus heutiger Sicht zunächst begrenzt. Lukaschenka ist nach wie vor an der Macht, die zentralen politischen Eliten und Sicherheitskräfte sind an seiner Seite

geblieben, Lukaschenka hat wieder verstärkt die Unterstützung seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin gesucht, und die personenbezogenen und wirtschaftlichen Sanktionen der EU, Großbritanniens und der USA vermögen die politische Dynamik derzeit nicht direkt zu beeinflussen. Für die EU, vor allem für die Nachbarländer Litauen und Polen, waren die begrenzten Einflussmöglichkeiten und der langwierige Abstimmungsprozess eine schmerzhaftes Lektion.

Es war auch ein Jahr, in dem Zehntausende von Belarusinnen verhaftet und Opfer von Gewalt wurden und Tausende ins Exil gingen, insbesondere in die baltischen Staaten und Polen, aber auch nach Deutschland, Großbritannien und in die Ukraine. Diese Exil-Belarusen haben eine internationale Präsenz entfaltet, doch allein aus dem Exil werden sich umfassende Veränderungen des Systems nicht herbeiführen lassen. Politische Emigration bietet einem autoritären System auch einen gewissen Schutz, da sie den Druck von innen reduziert. Die von Lukaschenka unterschätzte Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja wurde zur Symbolfigur der Opposition. Sie wurde als eine der Ersten ins Exil gedrängt und bemüht sich seitdem unauf-

haltsam, die Entwicklungen in Belarus im Zentrum europäischer und amerikanischer Aufmerksamkeit zu halten.

Massenproteste sind generell ein seltenes Phänomen. Noch seltener sind Proteste, die nicht von einer Koalition aus etablierten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und einer institutionalisierten politischen Opposition getragen werden, sowie Proteste, die den Druck auf das bestehende System über einen langen Zeitraum erhalten. Die Proteste in Belarus vereinten alle diese seltenen Merkmale. Und dennoch ist der entscheidende Schritt ausgeblieben: die Abspaltung von Schlüsselleitenden aus Politik und Sicherheitsapparat.

Ein autoritäres System bricht zusammen, wenn diese Eliten ihre Loyalität als ein hö-



PROF. DR. GWENDOLYN SASSE

ist Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

heres Risiko einstufen als den ungewissen Weg in eine politische Transformation. Dieser Punkt blieb unerreicht – der gezielte Aufbau eines großen Polizei- und Sicherheitssektors in den Jahren zuvor sowie eine Mischung aus Entlassungen einzelner Führungspersonen und finanziellen Anreizen festigten das auf Polizei, Sondertruppen und die Armee gestützte System. Lukaschenka lehnte jede Möglichkeit von Verhandlungen ab, suchte die Unterstützung Putins und setzte intern ausschließlich auf Repressionen. Das Resultat ist ein repressives System der Superlative, das spätestens seit Anfang 2021 öffentliche Proteste im Keim erstickt, eine unabhängige Berichterstattung und Dokumentation der Entwicklungen unterbindet, fast die gesamte sichtbare politische Opposition verhaftet oder ins Exil zwingt und sogar im Ausland belarusische Staatsbürger verfolgt. Die Repressionen Lukaschenkas scheinen keine Grenzen zu kennen.

Das Paradox liegt in der Tatsache, dass das politische System einerseits in seinem Kern stabil erscheint und größere Proteste auf absehbare Zeit unmöglich sind und dass andererseits das Ausmaß der Repressionen und die grotesk anmutende staatliche Propaganda Zeichen der inhärenten

Schwäche sind. Die Frage ist, wie lange diese Art der Pseudostabilität erhalten werden kann. Staat und Gesellschaft existieren in Parallelwelten. Das gesellschaftliche Vertrauen in staatliche Institutionen ist gering. Auch wenn der Anteil derer, die aktiv an den Protesten teilgenommen haben, auf die Gesamtbevölkerung gerechnet natürlich eine Minderheit bleibt, so reicht die Politisierung der Gesellschaft viel weiter. Auch diejenigen, die den Protesten skeptisch gegenüberstanden, sind weit entfernt von einer mehrheitlichen aktiven Unterstützung Lukaschenkas. Seine Legitimität hat der Präsident verspielt. Auch eine weitere Integration mit Russland ginge am Grundkonsens der Bevölkerung vorbei, die auf die nächste Gelegenheit eines Neuanfangs wartet.

Bis dahin wird mehr Zeit vergehen, als man in den ersten Monaten nach der Wahl vermuten konnte oder wollte. In der Zwischenzeit sollte die EU die Signalwirkung ihrer Sanktionen aufrechterhalten und die direkten Kontakte zur Gesellschaft im Land und im Exil ausbauen, damit das außergewöhnliche Jahr nicht in Vergessenheit gerät und für den Moment des politischen Systemwandels Unterstützung bereitsteht.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Chef-Vize

Drei zogen aus, das Kanzleramt zu erobern, den alten CDU-Slogan im Sinn: „Auf den Kanzler kommt es an.“ Doch – heuer mehr denn je – wird umgekehrt ein Schuh draus: Auf den Vizekanzler kommt es an.

Er ist der Kanzlermacher, auch wenn es im Grundgesetz heißt: „Der Bundeskanzler ernennt einen Bundesminister zu seinem Stellvertreter.“ Schon Kurt Georg Kiesinger (CDU), der 1969 mit dem fragwürdigen Motto für sich werben ließ, musste leidvoll die Erfahrung machen, dass Walter Scheel (FDP) nicht ihn, sondern Willy Brandt (SPD) zum Kanzler aufsteigen ließ. Ohne Hans-Dietrich Genscher (FDP) konnte Helmut Schmidt (SPD) nicht Kanzler bleiben. Ohne Scholz keine Merkel.

Der kleinere Partner bestimmt den Vizekanzler; der größere muss dem Folge leisten, will er den Kanzler stellen. Die Grünen setzten einst im Koalitionsvertrag mit der SPD sogar die Formel durch: „Das Amt des Vizekanzlers wird durch Joscha Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ausgeübt.“ Ein Amt war geschaffen, dass es laut Grundgesetz nicht gibt.

In den Sitzungen des Bundeskabinetts ist der Stellvertreter neben dem Kanzler/der Kanzlerin platziert, was dem besonders protokollbewussten Auswärtigen Amt früher so richtig bedeutend erschien, als Außenminister noch regelmäßig auch „Vizekanzler“ waren. Ansonsten ist es mit der Stellvertretung nicht weit her: Nur im Sommer, wenn der Kanzler in den Ferien und nicht viel zu entscheiden ist, leitet der „Vize“ eine Kabinettsitzung. Wichtiger sind Einfluss und Möglichkeiten seines Ministeriums.

Parteintern freilich ist die Vizeaufgabe nicht zu unterschätzen. Seit Merksels Kanzlerschaft ist sie im Stellenplan der Regierung sogar aufgewertet. Im Arbeitsministerium des Vizekanzlers Franz Müntefering (SPD) wurde – vor allem zur Koordinierung der Arbeit der Ministerien der SPD – zusätzlich die Stelle eines beamteten Staatssekretärs angesiedelt und mit dessen Vertrauten Kajo Wasserhövel besetzt. Seither gibt es das Pendant zum Chef des Bundeskanzleramtes – den Chef eines „Vizekanzleramtes“. Zurzeit ist das der Olaf-Scholz-Intimus Wolfgang Schmidt. Und nach der Wahl?

Es wird zu klären sein, ob es mehrere Vizekanzler geben muss. Zu beachten ist, dass es eine Vizekanzlerin noch niemals gab. Schließlich: Nach dem SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans und dessen Parole „Entweder führen oder nichts“ wird die SPD das Amt des Vizekanzlers abgeben. Falls es auf Walter-Borjans ankommt.